

## Parteiencheck Wahlprogramme zur LTW21 anhand der Forderungen der DGB - Jugend

## Öffentliche Daseinsvorsorge als Teil des Sozialstaates!

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Beschlossen am 24.04.2021	Wahlprogramm auf fdp-isa.de	beschlossen am ?. März 2021
<b>Stärkung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge</b>	Wir setzen ausdrücklich auf die öffentliche Daseinsfürsorge. (S. 29f.)	Wenn es um eine gesicherte Grundversorgung geht, muss die öffentliche Hand verantwortlich sein, damit nicht der Profit für Einzelne im Mittelpunkt steht. (S. 43)	eine umfassende Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge (S. 67)	Daseinsvorsorge generell in der öffentlichen Hand (S. 21) [hier im Bezug zu Wasser und Abwasser] Breitbandversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge (S. 35)	Wir sind der klaren Auffassung: mehr privat, weniger Staat! (S. 8) abweichende Regelungen bei der Daseinsvorsorge für Stadt und Land (S. 36)	Ver- und Entsorgungsaufgaben mit Monopolcharakter müssen auf kommunaler Ebene grundsätzlich durch die öffentliche Hand übernommen werden. Bereits erfolgte Privatisierungen sind rückabzuwickeln. (S. 43)
<b>Rückbesinnung auf eine öffentlich gesicherte Gesundheitsversorgung</b>	Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes ist es wichtig, eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe, wirtschaftlich tragfähige Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen zu können. (S. 50); Effektivität und Effizienz der medizinischen Versorgung in Einklang bringen (S. 51)	Mit der Politik der verkauften Krankenhäuser muss Schluss sein. Im Gesundheitswesen wollen wir neue Wege gehen: Mit einem Krankenhausverbund wollen wir nicht nur einen Schutzschirm gegen die Privatisierung kommunaler Krankenhäuser schaffen, sondern ein leistungsfähiges, öffentliches Krankenhausunternehmen, das schrittweise Häuser von Privaten übernehmen kann. Privaten Krankenhausbetreibern, die ihren Versorgungsauftrag nicht erfüllen, muss die Betriebserlaubnis entzogen werden und die Krankenhäuser sind in öffentliche Hand zu überführen. (S. 3 u. S. 10f.)	Die Probleme mit privatisierten Krankenhäusern haben gezeigt, dass wie in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge ein aktiver Staat gefragt ist, der flächendeckend eine hochwertige, moderne Gesundheitsversorgung sicherstellt. (S. 5)	drastische Umstrukturierungen im Krankenhausbereich notwendig; Wir wollen, dass Kliniken vor allem anderen gemeinwohlorientiert arbeiten und wirtschaften. (S. 149f.) Die ambulante Versorgung muss anders als bisher gedacht werden. Ambulante und stationäre Versorgung sollen sich ergänzen und, wo möglich, von den gleichen Leistungserbringern geleistet werden. (S. 149)	Wir halten eine Mischung der unterschiedlichen Eigentumsformen von kommunalen Krankenhäusern über Krankenhäuser der Wohlfahrtseinrichtungen bis hin zu privaten Krankenhäusern für sinnvoll. (S. 56)	Angesichts der in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Profitorientierung des Gesundheitswesens fordern wir ein grundsätzliches Umdenken weg von Privatisierungsbestreben und betriebswirtschaftlicher Logik hin zur Annahme der Gesundheitsversorgung als einer zu 100% öffentlichen Aufgabe. (S. 58)
<b>starker und flächendeckender ÖPNV</b>	Neben dem Individualverkehr ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) die zweite wichtige Säule der Mobilität. (S. 45)	für einen gut ausgebauten ÖPNV, der für alle bezahlbar ist (S. 23)	flächendeckender, barrierefreier, bezahlbarer und umweltgerechter öffentlicher Personennahverkehr (S. 67)	Pionierland für moderne Mobilität; Mobilitätsgarantie für ganz Sachsen-Anhalt (S. 51)	Ziel: innerhalb einer halben Stunde von jedem Ort Sachsen-Anhalts in nächste größere Stadt. Dafür brauchen wir zum einen gut ausgebaute Verkehrswege und zum anderen smarte Lösungen für den ÖPNV. (S. 48)	Automobil mit Verbrennungsmotor Grundlage unserer Mobilität. Gleichwohl wollen wir nicht als Ersatz, aber als sinnvolle Ergänzung zum privaten PKW den öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen und die Kommunen dabei unterstützen. (S. 38)
<b>vielfältige Jugendarbeit</b>	Den Jugendverbänden und dem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt kommen als Sprachrohr der jungen Generation eine wichtige Bedeutung zu. Diese gilt es, in ihrer Arbeit zu stärken. (S. 57)	Rechtsanspruch auf Jugendarbeit; Erhöhung der Förderung der Maßnahmen der kommunalen Jugendarbeit (S. 38f.)	Ein neuer Impuls für die Kinder- und Jugendarbeit ist nötig. Stärkung der Angebote der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit (S. 25)	Dynamisierung der Förderung der Jugendarbeit; mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen (S. 134)		

ein Ende massiver Befristungen im öffentlichen Dienst wie auch bei Trägern, die öffentliche Gelder erhalten		Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. (S. 4) Die zunehmende Abhängigkeit der Hochschulen von befristeten Projektfinanzierungen werden wir korrigieren. (S. 40) Alle Arbeiten, die dauerhaft anfallen, sollen durch unbefristet angestellte Mitarbeiter*innen erledigt werden. Teilzeitjobs oder befristete Arbeitsverträge wollen wir zurückdrängen. (S. 41, im Bereich der Hochschulen)	erwähnt nur bei Hochschulen (S. 34)	mehr unbefristeten Stellen im Hochschulbereich (S. 124)		
wesentliche Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge, wie Krankenhäuser und Pflegeheime, kommunalisieren	bei der Aufzählung öffentlicher Einrichtungen der Kommunen fehlen Krankenhäuser und Pflegeheime (S. 29f.)	s. oben	Wenn ein privater Krankenhausbetreiber die Gesundheitsversorgung nicht mehr sicherstellt, soll das Krankenhaus rekommunalisiert werden. (S. 21)	s. oben; keine Rede von Kommunalisierung, nur „neue Ideen und kluge Antworten“ (S. 148)	Da es vor allem die kommunalen Klinika sind, die derzeit in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, halten wir eine Rekommunalisierung für falsch. (S. 56)	s. oben
steuerfreie Bonuszahlungen für Beschäftigte im Pflege- und Gesundheitssektor		Die Leistungen der Beschäftigten in der Gesundheits-, Pflege- und Sozialbranche werden am besten gewürdigt, indem die bestehenden Missstände beseitigt werden und endlich Löhne gezahlt werden, die ihren Leistungen entsprechen. (S. 11)				Pflegeberufe aufwerten (S. 61); mehr Personal in der Intensivpflege (S. 7)

**Klare Kante gegen Rechts!**

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ? März 2021
<b>Keine Regierungsbildung mit der AfD!</b>	Bündnisse mit den links- und rechtsextremen Rändern des politischen Spektrums wird es mit uns nicht geben. (S. 3)	Wir kämpfen gegen jeden Einfluß der extremen Rechten auf die Regierungspolitik. (S. 66)		Wir sind eine antifaschistische Partei. (S. 96)	Für die FDP Sachsen-Anhalt steht fest: Null Toleranz gegenüber politischem und religiösem Extremismus. (S. 27)	
<b>Schwerpunktstaatsanwaltschaft Rechtsextremismus</b>	Staatsanwaltschaften stärken (S. 40) [ein genannter Schwerpunkt ist Hasskriminalität]	dringender Handlungsbedarf; Polizei und Staatsanwaltschaften müssen Formen, Strukturen und Realität des Rechtsextremismus kennen und zutreffend analysieren können, um effektive Strafverfolgung sicherzustellen (S. 66f.)	Staatsschutzabteilung bei der Generalstaatsanwaltschaft (S. 49)	Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherheitsbehörden einen klaren Fokus auf den Kampf gegen Rechtsextremismus legen. (S. 97)		

<b>Rechtsextreme raus aus den Behörden</b>	Klar ist für uns, dass diejenigen, die den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen, keinen Platz im öffentlichen Dienst haben dürfen. Daher wollen wir uns zukünftig durch einen Extremistenbeschluss oder Radikalenerlass die ausdrückliche Erklärung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur bedingungslosen Verfassungstreue einfordern. (S. 37)	Nazis, Rassisten und Antisemiten müssen aus dem Polizeidienst entfernt werden. (S. 64)				
<b>Wir fordern eine umfassende Untersuchung und Offenlegung rechter Strukturen in allen Landes- und Kommunalbehörden durch eine unabhängige und neu einzurichtende Behörde.</b>	Die Beschwerdestelle im Ministerium für Inneres und Sport hat sich bewährt. Daher erteilen wir der Einführung eines sogenannten „externen Beauftragten“ mit eigenen Ermittlungskompetenzen eine klare Absage. (S. 34)	Einrichtung einer tatsächlich unabhängigen Anlauf- und Beschwerdestelle sowohl für Betroffene als auch für Angehörige der Polizei zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens (S. 64) Aufklärung und Untersuchung rechtsextremer und antisemitischer Vorfälle in den Sicherheitsbehörden durch eine unabhängige Beschwerdestelle (S. 63)		Wir wollen, dass das Land Sachsen-Anhalt sich an einer unabhängigen wissenschaftlichen Studie beteiligt, die fortlaufende Erkenntnisse zu Einstellungsmustern der sachsen-anhaltischen Beamt*innen liefert, um antidemokratischen Tendenzen wirksam entgegensteuern zu können. Demokratie- und menschenfeindliche Vorkommnisse in den Sicherheitsbehörden erfassen wir in einer fortlaufenden Statistik. (S. 92)		
		Wir kämpfen auf allen Ebenen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus. (S. 2)		Die extreme Rechte in all ihren Formen innerhalb und außerhalb der Parlamente ist aktuell die größte Bedrohung für die offene demokratische Gesellschaft. Diese Bedrohung werden wir weiter engagiert bekämpfen. Dafür stärken wir die demokratische Zivilgesellschaft und die Sicherheitsbehörden. (S. 96f.)		

**Bildung, Ausbildung und Studium besser machen!**

	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>SPD</b>	<b>Die Grünen</b>	<b>FDP</b>	<b>AfD</b>
<b>Forderung DGB-Jugend</b>	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ?. März 2021
<b>Ausbildungsgarantie</b>			Ausbildungsgarantie für Sachsen-Anhalt! Jeder ausbildungsinteressierte junge Mensch muss einen regulären Ausbildungsplatz erhalten können. (S. 33)	Die Notwendigkeit eines Landesprogrammes zur Ausbildungsplatzgarantie soll geprüft und wenn nötig umgesetzt werden, denn Ausbildung ist ein Recht für alle, unabhängig von demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. (S. 122)		
<b>Praktikumsvergütungen auf Niveau der Mindestausbildungsgütung</b>			Bezahlung von Praktika (S. 13)		Die FDP Sachsen-Anhalt fordert die Vergütung des PJ in der Ausbildung der Medizinstudenten analog der Vergütung der Rechtsreferendare. (S. 55)	

<b>Ausweitung und Verstetigung des Landesmodellprogramms für die Fachkräfteoffensive zur bezahlten, praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung</b>		Das Schulgeld bei den nichtärztlichen Heilberufen und Erziehungsberufen werden wir abschaffen und eine adäquate Ausbildungsvergütung für die schulischen Ausbildungen einführen. (S. 6)	vergütete Ausbildung in allen Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen. (S. 33)	Eine praxisorientierte dreijährige berufliche Ausbildung (piA) soll kurzfristig die schulische Erzieher*innenausbildung ablösen. Diese Ausbildung ist angemessen zu vergüten. (S. 111)	für eine konsequente Abschaffung des Schulgeldes sowie die Einführung einer Ausbildungsvergütung für angehende Erzieher (S. 63)	
<b>Berufsschulpakt</b>	Wir wollen eine flexible und ganzheitliche modulare Berufsausbildung, die sich den stetig wechselnden Anforderungen der Wirtschaft und individuellen Bedürfnissen von jungen Menschen zeitnah anpasst. (S. 5)	DIE LINKE will sich dafür einsetzen, die berufsbildenden Schulen zu stärken und die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung zu verbessern. (S. 36)	Berufsschulpakt für Sachsen-Anhalt und regional verortete berufsbildende Schulen (S. 33)	Wir wollen daher mit den Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen, Kammern und den Landkreisen einen Berufsschulpakt schließen und dafür Sorge tragen, dass die Standorte der Berufsbildenden Schulen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. (Berufsschulmonitor auch drin (S. 121)	Entwicklung der berufsbildenden Schulen zu Kompetenz- und Servicezentren und damit Stärkung ihrer Rolle als Partner der regionalen Wirtschaft; Sicherung des Berufsbildungsangebotes in der Fläche (S. 24); Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit (S. 25)	
<b>Umlagefinanzierte Ausbildung</b>						
<b>Feste Personalschlüssel und multiprofessionelles Arbeiten für alle Erziehungs-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen</b>		personelle Mindeststandards, Bezahlung nach dem öffentlichen Tarifrecht (S. 38f.)		Strategieplan für Jugendbildungsstätten und Jugendherbergen (S. 135); Tarifgerechte Bezahlung muss in allen Bereichen sichergestellt sein. (S. 134)		
<b>Stopp von Mobbing und Diskriminierung in Schulen</b>			konsequente Aufklärungs- und Respektarbeit an Schulen und die Erarbeitung von speziellen Konzepten zur Prävention unter anderem von sexueller Gewalt, Mobbing und Hate Speech (S. 30)	digitales Mobbing ernst nehmen (S. 42); Anti-Mobbing-Projekte an allen Schulen (S. 115f.)	Das Land hat die Aufgabe, entsprechende Strukturen zu finanzieren, die schulisch und außerschulisch arbeiten können, sowie Hilfsangebote zu finanzieren für Menschen, die Opfer von Diskriminierung werden. (S. 57) [hier bei Diskriminierung wegen sexueller Orientierung]	
<b>modernes Bildungsfreistellungsgesetz</b>		Dazu strebt DIE LINKE die Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes in ein modernes Bildungszeitgesetz an. (S. 7)	vollumfängliche Anerkennung von Demokratiebildung als Bildungsurlaub. Auch Maßnahmen, die weniger als fünf Tage dauern, werden anerkannt. (S. 39)	Das Bildungsfreistellungsgesetz muss modernisiert und durch eine Kampagne bekannter gemacht werden. Bildungsurlaub soll nicht nur für berufliche Weiterbildung, sondern zum Beispiel auch für Fremdsprachen, politische Bildung, Natur- und Umweltschutz sowie den Erwerb von Medienkompetenz gewährt werden. (S. 128)	Politische Bildung stärken: mehr aktive Beteiligung der Menschen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse auf allen Ebenen ihrer Bildungsbiographie (S. 26)	
<b>Schluss mit der Kostenheranziehung</b>				Wir setzen uns für die Aufhebung der Kostenheranziehung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts ein. (S. 131)		

<b>dauerhafte Abschaffung Schuldenbremse für Bildungsinvestitionen und Strukturausgaben im Bildungsbereich</b>	Wir stehen wir zu der von uns im Rahmen der Parlamentsreform 2020 in der Verfassung verankerten Schuldenbremse. (S. 14)			Nachhaltige Finanzpolitik als Leitbild: Wir investieren dort, wo es für die Zukunft unserer Kinder sinnvoll ist, also vor allem in Schulen, Universitäten und in den Erhalt unserer Natur. (S. 85)	Die FDP steht zur strikten Einhaltung der Schuldenbremse für den Landeshaushalt. (S. 73)	Die Einführung der Schuldenbremse halten wir grundsätzlich für sinnvoll. In den vergangenen Legislaturperioden wurden darüber hinaus die konsumtiven Ausgaben auf ein dauerhaft nicht tragfähiges Niveau erhöht und die tatsächlich für investive Zwecke eingesetzten Mittel kontinuierlich heruntergefahren. Dies muss grundlegend geändert werden. (S. 46)
--	---	--	--	--	--	--

**Jugendförderung rauf**

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ?. März 2021
<b>10 Millionen für die Jugend(verbands)arbeit</b>	Als Land werden wir weiter die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene, zum Beispiel im Rahmen der Kinder- und Jugendhäuser, oder der Projektförderung, unterstützen. (S. 57)	Erhöhung um mindestens eine halbe Mio Euro und Dynamisierung von mindestens 2,5 % pro Jahr (S. 38)		andere Verteilmechanismen (S. 133f.); keine Angabe zu finanziellen Mitteln	Mittel der Kinder- und Jugendhilfe des Landes sollen entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindex erhöht werden. Die Jugendarbeit gewinnt so langfristige Planungssicherheit. (S. 27)	
<b>massives Investitions- und Strukturpaket für die Förderung von Jugendverbänden, Jugendbildung und Jugendarbeit</b>	Wir wollen, dass sich Vereine, Initiativen und Organisationen, die staatliche Mittel erhalten, für den Erhalt und die Förderung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aussprechen. Unser Grundsatz: „Kein Cent öffentliches Geld für Extremisten“. Schlupflöcher bei der bisherigen Finanzierungspraxis wollen wir schließen. Auch unter dem Deckmantel des Antifaschismus darf sich kein Extremismus verstecken. (S. 36)	Jugendarbeit als Rechtsanspruch für junge Menschen; Bezahlung nach dem öffentlichen Tarifrecht (S. 38f.)	Ein neuer Impuls für die Kinder- und Jugendarbeit ist nötig. Stärkung der Angebote der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit. Unterstützung der Jugendverbände sowie angemessene und tarifgerechte Bezahlung der Mitarbeitenden (S. 25) Deshalb wollen wir einen neuen starken Impuls setzen: Wir werden ein Investitionsprogramm für Jugendclubs auflegen, mit dem Clubs modernisiert und mit digitalen Angeboten ausgestattet werden können. (S.25)	bedarfsgerechte Förderung, Dynamisierung der Förderung (S. 134)		
				Als weiteren Schutzfaktor gegen Kinderarmut wollen wir auch die Jugend(verbands-)arbeit finanziell besserstellen und ausbauen. (S. 131)		
				Verbandsklagerecht für demokratische Jugendverbände (S. 133)		

**Gute Arbeit aus öffentlicher Hand**

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ?. März 2021

<b>öffentliche Investitions- und Subventionspolitik muss sozial- und umweltverträgliche Förder- und Vergabestandards haben</b>	Neuausrichtung der Investitionsbank als unabhängige Förderbank (S. 15)	für ein Vergabegesetz mit verbindlichen sozial-ökologischen Kriterien (S. 4) Wirtschaftsförderung muss an Tariflöhne, gute Arbeit und Mitbestimmung im Betrieb gekoppelt sein. (S. 18)	Ansiedlungs- und sonstige Investitionsförderung muss sich verstärkt am Ziel der Tarifbindung ausrichten. Wer mit öffentlichen Geldern Aufträge vergibt, muss sicherstellen, dass Tariflöhne gezahlt werden und Equal Pay berücksichtigt wird. (S. 10)	Wir wollen unsere Wirtschaftspolitik in der Transformation so gestalten, dass unser Handeln Mensch und Umwelt weder hier noch anderswo schadet. Darum wollen wir verbindliche Menschenrechts-, Umwelt-, Sozial-, Arbeits- und Transparenzstandards in Sachsen-Anhalt und in den globalen Produktionsketten klima- und sozialgerecht mitgestalten. (S. 64)	Potenzielle Maßnahmen sind: u.a. erleichterte Unternehmensgründungen und Anpassungen im Arbeitsrecht sowie die partielle Abschwächung oder Aussetzung einzelner Umweltschutzstandards (S. 11)	Wirtschaftsförderung umstrukturieren, Sicherung vorhandener bzw. Schaffung neuer Vollzeit Arbeitsplätze; Erhaltung des ländlichen Raums; Förderung von kleinen mittelständischen Betrieben vor Ort; Bevorzugung ortsansässiger Unternehmen (S. 48); Prämie für neue Arbeitsplätze (S. 49)
<b>Vergabegesetz mit Tarifvorrang und einem vergabespezifischen Mindestlohn</b>	Das Landesvergabegesetz wollen wir durch das Bundesvergabegesetz mit praktikablen und investitionsfördernden Schwellenwerten ersetzen. (S. 7)	Öffentliche Aufträge soll nur bekommen, wer sich an Tarifverträge hält bzw. einen Vergabemindestlohn von 13 Euro brutto pro Stunde bezahlt. (S. 4)	Tariftreue- und Vergabegesetz durchsetzen (S. 10)	Wir wollen das Landesvergabegesetz überarbeiten. Kriterien wie Nachhaltigkeit, Ökologie, Energieeffizienz und Klimaschutz sowie fairer Handel und soziale Aspekte wie die Tariftreue sollen wirksamer in Vergabeverfahren Berücksichtigung finden. (S. 67); Wir wollen nach wie vor, dass in Sachsen-Anhalt nur Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen, öffentliche Aufträge erhalten sollen. (S. 138)	Vergaberecht vereinfachen: öffentliche Hand soll die wirtschaftlichsten Angebote erhalten und Leistungen preiswert nach einem fairen Wettbewerb beziehen (S. 10)	

**Anerkennung und Respekt für Beschäftigte im öffentlichen Dienst/ Diskriminierungsschutz und Transparenz für die Bürger**

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ? März 2021
<b>deutliche Verbesserung der tariflichen Bezahlung</b>				Wir stehen zu Tariflöhnen und Mitbestimmung, damit sich die Beschäftigten einmischen und über ihre Arbeitsbedingungen mitentscheiden können. (S. 67)		
<b>nachhaltiges Gegensteuern gegen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst</b>			Wir brauchen: für den größtmöglichen Schutz der Polizistinnen und Polizisten vor Gewalt eine verbesserte psychologische Nachsorge, die Gewährung dienstlichen Rechtsschutzes bei Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten und die Übernahme von Schmerzensgeldforderungen von Bediensteten durch die Dienstbehörde. (S. 45)		schnelle und konsequente Verfolgung von Straftaten gegen Einsatzkräfte und andere Beschäftigte im Öffentlichen Dienst; Beratung, Begleitung und Unterstützung der Betroffenen steht im Vordergrund (S. 56f.)	
<b>bessere Personalausstattung im öffentlichen Sektor</b>	Sollstärke von 7.000 Polizeivollzugsbeamten (S. 33f.); Justiz: ausreichend Personal (S. 39)	vorausschauende Personalplanung bei der Polizei (S. 62)	Erhöhung der Zahl der Polizeivollzugsbeamten auf 7.000 (S. 45)	Wir streben eine Zahl von 7.000 Polizeivollzugsbeam*innen bis an (S. 90); Justiz: Es braucht eine auskömmliche Personalausstattung. (S. 94)	bei der Polizei: Stellen im Polizeivollzugsdienst bis zum Ende der kommenden Wahlperiode auf 7000 erhöhen; gemeinsam mit den Polizeigewerkschaften ein echtes Personalentwicklungskonzept (S. 69); Justiz: zusätzliche Richter, Rechtspfleger und Justizvollzugsbeamte (S. 67)	Landespolizei mittelfristig auf mindestens 7.500 Vollzugsbeamte (S. 29); für einen vorübergehenden Stellenaufwuchs im Bereich der Justizverwaltung (S. 33)

<p><b>Beschwerdestelle für Bürger*innen und eine unabhängige Untersuchungsbehörde (Orientierung am Landesantidiskriminierungsgesetz des Landes Berlins)</b></p>	<p>Ein „Antidiskriminierungsgesetz“, wie es Rot-Rot-Grün in Berlin umgesetzt hat, lehnen wir für Sachsen-Anhalt ab. (S. 34)</p>	<p>Einrichtung einer tatsächlich unabhängigen Anlauf- und Beschwerdestelle sowohl für Betroffene als auch für Angehörige der Polizei zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens (S. 64)</p>	<p>Wir brauchen: ein Landesantidiskriminierungsgesetz, mit dem Betroffene in der Wahrnehmung ihrer Rechte gestärkt werden und Beratung und Information sichergestellt werden. (S. 43)</p>	<p>unabhängiger Polizeibeauftragter, zudem Ansprechperson für alle Bürger*innen (S. 92); Wir erachten das Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin als vorbildliche Regelung und streben eine solche Regelung auch für Sachsen-Anhalt an. (S. 98)</p>		
---	---	--	---	--	--	--

**Nachhaltige Mobilität für Sachsen-Anhalt**

	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
<p><b>Förderung DGB-Jugend</b></p>	<p>beschlossen am 27. März 2021</p>	<p>beschlossen am 19. März 2021</p>	<p>beschlossen am 23. Januar 2021</p>	<p>Entwurf vom 22. März 2021</p>	<p>beschlossen am</p>	<p>beschlossen am ?. März 2021</p>
<p><b>bedarfsgerechter Öffentlicher Personennahverkehr inklusive Schienenverkehr (SPNV) mit attraktiver Taktung</b></p>	<p>Neben dem Individualverkehr ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) die zweite wichtige Säule der Mobilität. Mit dem "Sachsen-Anhalt-Takt" wollen wir eine bessere Vernetzung von Bus und Bahn erreichen. (S. 45)</p>	<p>für einen gut ausgebauten ÖPNV, der für alle bezahlbar ist (S. 23)</p>	<p>flächendeckender, barrierefreier, bezahlbarer und umweltgerechter öffentlicher Personennahverkehr; überall vollwertige Alternative (S. 67)</p>	<p>Durch eine engere Taktung, vor allem in den ländlichen Räumen, wird der ÖPNV unschlagbar. (S. 56)</p>	<p>Wir geben deshalb als Ziel für die Verkehrspolitik des Landes aus, dass innerhalb einer halben Stunde von jedem Ort Sachsen-Anhalts die nächste größere Stadt zu erreichen ist. Dafür brauchen wir zum einen gut ausgebaute Verkehrswege und zum anderen smarte Lösungen für den ÖPNV. Wir setzen uns für Lösungen ein, die den Verkehrsunternehmen stärkere Anreize geben, Angebot stärker auf den tatsächlichen Bedarf auszurichten. (S. 48)</p>	<p>Automobil mit Verbrennungsmotor Grundlage unserer Mobilität. Gleichwohl wollen wir nicht als Ersatz, aber als sinnvolle Ergänzung zum privaten PKW den öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen und die Kommunen dabei unterstützen. (S. 38)</p>
<p><b>Förderung integrierter Mobilitätskonzepte</b></p>	<p>Mit uns wird Sachsen-Anhalt zum Zukunftslabor für vernetzte Mobilität, grüne Mobilitätsketten und moderne Konzepte zur Verkehrssteuerung. (S. 46)</p>	<p>für ein landesweites Förderprogramm zur Erstellung und Umsetzung von integrierten Mobilitätskonzepten in den Kommunen (S. 24)</p>		<p>auf allen Ebenen für eine Mobilitätswende (S. 47)</p>		
<p><b>Regionalisierungsmittel zu 100 % für den Schienenpersonennahverkehr</b></p>	<p>Regionalisierungsmittel ausschließlich für den Schienenpersonennahverkehr (S. 47)</p>	<p>Notwendigkeit der Nachverhandlung zur Verteilung der Regionalisierungsmittel (S. 45)</p>		<p>vollständig für den Schienenpersonennahverkehr (S. 56)</p>		
<p><b>deutliche Investition in die Eisenbahninfrastruktur</b></p>	<p>Wir werden uns bei Streckenerneuerungen dafür einsetzen, die bisherigen Höchstgeschwindigkeiten zu erhöhen, um die Fahrzeiten zu reduzieren und die Attraktivität der Schiene weiter zu steigern. Für alle nicht elektrifizierten Strecken in Sachsen-Anhalt wollen wir eine Perspektive zur Elektrifizierung schaffen, um die Emissionsbelastung im Verkehr weiter zu reduzieren. (S. 47)</p>	<p>Wir setzen auf Bahnen und Busse. Die Bahninfrastruktur und das Schienennetz werden wir aktiv sichern. (S. 45) massiver Ausbau des Schienennetzes; gleiches gilt für die Herstellung und den Einsatz schienengebundener Fahrzeuge. (S. 23)</p>	<p>Wir dürfen keine Bahnstrecken mehr stilllegen, sondern müssen die Reaktivierung alter Bahnstrecken prüfen und so das Mobilitätsangebot im ländlichen Raum erhöhen. Zudem brauchen wir perspektivisch eine Umstellung auf E-Antrieb. (S. 67)</p>	<p>Förderung auch von Streckenreaktivierungen; noch mehr Eisenbahnstrecken in Sachsen-Anhalt elektrifizieren; Auf den zahlreichen Bahnstrecken ohne Oberleitung sollen zunehmend umweltfreundliche und leise Zugantriebe wie die Brennstoffzelle oder Züge mit Akkumulator zum Einsatz kommen. (S. 57f.)</p>	<p>gut ausgebautes Schienennetz, Nebenstrecken erhalten und Reaktivierung stillgelegter Strecken (S. 50)</p>	<p>Der Rückbau von Bahnhöfen muss gestoppt werden. Parallel müssen stillgelegte Bahngleise, wo immer es möglich und sinnvoll ist, wiederbelebt werden. (S. 38)</p>
<p><b>Modellprojekte für den CO2-armen Kurzstreckengüterverkehr</b></p>	<p>s. oben</p>	<p>überregionaler LKW-Verkehr auf die Schiene, CO2-neutraler Verkehr vor Ort (S. 23)</p>		<p>Unser Ziel sind CO2-freie und lärmarme Wirtschaftsverkehre. (S. 61)</p>		<p>Wir brauchen keine Lastenräder! (S. 39)</p>

Senkung der Preise im ÖPNV		mittelfristig landesweit zum Nulltarif (S. 44)	Modellprojekte für ein 365-Euro-Ticket im städtischen und ländlichen Raum (S. 68)	Ziel ist, dass das Preisniveau im öffentlichen Verkehr so gestaltet ist, dass die Nutzung des ÖPNV grundsätzlich kostengünstiger ist als die PKW-Nutzung. (S. 56); für ein bezahlbares und in allen Verkehrsmitteln gültiges Ticketsystem (S. 55)	Der Preis für den Kunden in Bussen und Bahn ist uns wichtig, aber wir werden ihn nicht zu Lasten der Qualität des Angebots senken. (S. 47)	
kostenloses Azubi-Ticket für ganz Sachsen-Anhalt		In einem ersten Schritt werden wir kostengünstige und ganzjährig geltende Schüler-, Azubi, Studierenden- und Sozialtickets durchsetzen. (S. 44)	auch für Freiwilligendienstleistende die Möglichkeit, das zum 1.1.2021 startende Azubi-Ticket zu nutzen (S. 12); kostenloses Schüler*innen Ticket in ganz Sachsen-Anhalt (S. 68)	Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Jugendliche in Freiwilligendiensten sollen kostenlos fahren können. Sofern dies nicht mittelfristig möglich ist, wollen wir ein Solidar-Ticket für Sachsen-Anhalt unterstützen und gebündelt mit der Deutschen Bahn verhandeln. (S. 55f.)		Freie Fahrt für unsere Schüler! (S. 10f.) [nicht für Azubis]
kostenlose Parkmöglichkeiten an Bahnhöfen	mit einem eigenen Landesprogramm neue Pendlerparkplätze (S. 46)			Für Pendler*innen wollen wir die Bildung von Fahrgemeinschaften durch Pendler*innenparkplätze ... vereinfachen. (S. 54)	Bahnhöfe können künftig als Mobilitätszentren für die weitere Umgebung dienen, dafür müssen sie gut an das Straßennetz angebunden sein und sollten gerade im ländlichen Raum genügend Parkplätze für die unterschiedlichen Verkehrsmittel vorhalten. (S. 51)	
		Öffen		Wir wollen daher eine Grundlagenuntersuchung, welche die verschiedenen Varianten einer so genannten Drittnutzerfinanzierung konkretisiert und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft. (S. 57)		

**Nicht lang schnacken, Energiewende und Strukturwandel machen**

	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
Forderung DGB-Jugend	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ?. März 2021
verbindliche Beteiligung der Gewerkschaften an der Verteilung der Gelder aus dem Strukturstärkungsgesetz des Bundes für das Mitteldeutsche Kohlerevier	siehe Planungsbeschleunigungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen: Beseitigung des Missbrauchs von Verbandsklage- und Beteiligungsrechten (S. 7)		Das Kohleausstiegs- und das Strukturstärkungsgesetz und deren Umsetzung sollen die Grundlage für den Austausch mit anderen ehemaligen Kohleregionen Europas sein. (S. 76)		Einrichtung von Chancenregionen, u. a. mit Anpassungen im Arbeitsrecht sowie partieller Abschwächung oder Aussetzung einzelner Umweltschutzstandards (S. 10f.)	Aus dem Kohleausstieg aussteigen! (S. 51)
Entwicklung der Transformationsprozesse in Verwaltung, Forschung, Lehre, Wirtschaft und Industrie gemeinsam mit Gewerkschaften	Die vom Strukturwandel betroffene Region in den Fokus nehmen: Zur Ansiedlung von Forschungseinrichtungen sowie von Standorten der pharmazeutischen und medizintechnischen Industrie, werden wir die Strukturwandelregion im Süden unseres Landes bevorzugen. (S. 52)	keine Erwähnung von Gewerkschaftsbeteiligung; Die Linke will Wegbegleiter in den bestehenden Umbruchsprozessen sein. (S. 21)	Energiewende findet in der Kommune statt. (S. 51)			



<b>Ausbau des Wasserstoffstandorts Sachsen-Anhalt</b>	Wir wollen Sachsen-Anhalt zur Modellregion für Zukunftstechnologien beispielsweise in den Bereichen Wasserstoff, 5G-Technik und autonomes Fahren ausbauen. (S. 9)	gezielte Förderung (S. 24)	Wir brauchen: eine länderübergreifende grüne Wasserstoffstrategie und die Vernetzung der vorhandenen wissenschaftlichen Kompetenzen. (S. 52)	Mitteldeutsches Revier Modellregion für grünen Wasserstoff (S. 14)	Heimatmarkt stärken und schnelle Einbettung unserer nationalen Wasserstoffstrategien in eine europäische Gesamtstrategie (S. 43f.)	Wasserstoff kommt nicht vor
	Gewerkschaft findet nur Erwähnung bei Stärkung des Ehrenamts (S. 30f.)			Zukunft Erneuerbare Energien; Energiewende unabdingbar; Vermeidung von unnötigem Energieverbrauch; dezentrale Energieerzeugung.		Gewerkschaften, Tarif, Mitbestimmung, Betriebsrat, Strukturwandel, Transformation kommen nicht vor

**Mitbestimmung jetzt!**

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ?. März 2021
<b>zügige Herabsetzung des Wahlalters zu Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt auf 16 Jahre</b>		Wählen ab 14 Jahren (S. 39)	Herabsenkung des Mindestalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre (S. 40)	Wir wollen das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre senken und das Wahlrecht für die genannten Gruppen öffnen. (S. 100)		Keine Absenkung des Wahlalters! (S. 35)
<b>Intensivierung der Beteiligung von jungen Menschen an Prozessen der Landesregierung und die Institutionalisierung des Projektes „Jugend Macht Zukunft“</b>	für altersgerechte Beteiligungsprozesse; Weiterentwicklung des jugendpolitischen Programms des Landes; Den Jugendverbänden und dem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt kommen als Sprachrohr der jungen Generation eine wichtige Bedeutung zu. Diese gilt es, in ihrer Arbeit zu stärken. Als Land werden wir weiter die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene, zum Beispiel im Rahmen der Kinder- und Jugendhäuser, oder der Projektförderung, unterstützen. Dabei setzen wir auf Einrichtungen mit pädagogischem Fachpersonal, die um Objekte in Selbstverwaltung ergänzt werden. (S. 57)	mehr Mitsprache und Partizipation auf der Ebene der Kommunen und des Landes; beim Landtag Einrichtung einer Kinderkommission als parlamentarischer Unterausschuss (S. 39)	Jugendpolitik heißt vor allem: jungen Menschen Teilhabechancen zu eröffnen. Jugendbeiräte in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt; Beratung und kritische Begleitung der Landesregierung durch engagierte Kinder und Jugendliche. Verstärkung des Landeszentrum Jugend + Kommune (S. 24f.)	dauerhafte Förderung des Projekts „Jugend Macht Zukunft“ (S. 132); Wir unterstützen nach wie vor die Jugendverbände der demokratischen politischen Parteien bei ihrem Wunsch nach Gründung eines Rings politischer Jugend (RPJ) in Sachsen-Anhalt. Dieser Ring soll vom Land als wichtiger Ort politischer Willensbildung für junge Menschen finanziell ausgestattet werden, wenn ein belastbarer gemeinsamer Vorschlag der Jugendverbände dazu vorliegt. (S. 133)	Wir wollen ein bundesweit einzigartiges, unabhängiges und direkt gewähltes Landesjugendparlament schaffen, welches Antragsrecht gegenüber dem Landtag besitzen soll. Unterstützung von Jugendparlamente in den Städten / Kreisen (S. 27)	Landeszentrale für politische Bildung gründlich reformieren! (S. 25f.)

**Antifaschismus feiern, am 8. Mai**

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ?. März 2021
<b>8. Mai in Sachsen-Anhalt regulärer, gesetzlicher Feiertag</b>	20. Juni als Gedenktag der Opfer von Flucht und Vertreibung (S. 78)	Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur und den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus als Feiertag ein. (S. 67)	keine Erwähnung, aber 8. März (Frauentag) als gesetzlichen Feiertag	keine Erwähnung	keine Erwähnung	keine Erwähnung

**100 Jahre sind genug – Kirchenstaatsverträge reformieren**

Forderung DGB-Jugend	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen	FDP	AfD
	beschlossen am 27. März 2021	beschlossen am 19. März 2021	beschlossen am 23. Januar 2021	Entwurf vom 22. März 2021	beschlossen am	beschlossen am ?. März 2021
<b>Wir fordern, dass diese nicht zweckgebundenen Zuschüsse für evangelische und katholische Religionsgemeinschaften eingestellt werden und die Staatsverträge unter Beteiligung der Kirchen reformiert werden.</b>	Wir stehen zu den abgeschlossenen Staatskirchenverträgen. (S. 79)	Seit über 100 Jahren fordern Verfassung und Grundgesetz die Ablösung der Staatskirchenleistungen für die evangelische und katholische Kirche. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass dieser verfassungswidrige Zustand beendet wird. Entweder über eine Abgeltung dieser Ansprüche durch eine Übernahme der Baulast von besonders kulturhistorisch bedeutenden Kirchen und Gebäuden oder eine Einmalzahlung aus dem Landeshaushalt. (S. 68)	keine Erwähnung	auf Bundesebene für einen Rahmen zur Ablösung; In Sachsen-Anhalt wollen wir im Dialog mit den Kirchen zu einer Modernisierung der Verträge kommen. (S. 101)	keine Erwähnung	keine Erwähnung